ZWISCHEN TRAUM UND TRAUMA

Die diesjährige Jahrestagung, die Mehr Demokratie gemeinsam mit Democracy International organisierte, richtete den Blick auf die Situation der Demokratie weltweit.

TEXT **NEELKE WAGNER**

Zählt man die Länder zusammen, in denen regelmäßig Wahlen oder Abstimmungen stattfinden, so lassen sich für die letzten 30 Jahre enorme Fortschritte verzeichnen. Staaten haben sich von Diktaturen in Demokratien gewandelt, oft auf friedlichem Wege. Doch viele Staaten gelten formal als Demokratie, ohne dass die Menschen dort auf den Schutz ihrer Grundrechte vertrauen, geschweige denn echten Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. In anderen Ländern bleibt die Demokratie umkämpft. Die Jahrestagung von Mehr Demokratie im Juli bot reichlich Stoff zur Diskussion über die Demokratieentwicklung auf drei Kontinenten. Unter anderem Tunesien, Bolivien und Ungarn waren Thema. Reformvorschläge für eine demokratische Europäische Union bildeten den Abschluss der Tagung.

Bedrohter demokratischer Aufbruch: Tunesien

Aus Tunesien berichteten die Referent/innen Werner Ruf und Omezzine Khelifa von den großen Fortschritten des Landes, dessen Demokratiebewegung einen einzigartigen Erfolg feiern konnte. Seit der Vertreibung des Diktators Ben Ali 2011 hat das Land mehrere schwere Krisen erfolgreich gemeistert und sich eine vorbildliche Verfassung gegeben. Werner Ruf, Professor für internationale Beziehungen und Maghreb-Experte, hob die guten Voraussetzungen Tunesiens für eine Demokratisierung hervor: ein hoher Bildungsstand, eine lange Verfassungstradition – schon 1868 wandelte sich das nordafrikanische Land in eine konstitutionelle Monarchie – und starke soziale Bewegungen, besonders der Frauen und der Gewerkschaften. Omezzine Khelifa, Politikerin der sozialdemokratischen Partei Ettakatol, schilderte die harte Arbeit, die es weiterhin kostet, Tunesien zu einer stabilen Demokratie zu machen. Die neue Verfassung müsse jetzt umgesetzt, der Staat letztlich neu aufgebaut werden. „Wir müssen Institutionen aufbauen, fortschrittliche Gesetze verabschieden, wir müssen aber auch ein stabiles Mehrparteiensystem schaffen“, zählte sie einige Aufgaben auf. Terrorismus, die große soziale Ungleichheit zwischen Stadt und Land und Korruption gefährden den demokratischen Aufbruch, und der Bürgerkrieg im Nachbarland Libyen sorgt darüber hinaus für Unsicherheit.

Zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit: Bolivien und Peru

Zwei Forscherinnen vom Hamburger German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Mariana Llanos und Almut Schilling-Vacaflor, berichteten von Fortschritten und Rückschlägen in Lateinamerika. Dort sind Elemente von direkter und partizipatorischer Demokratie inzwischen in vielen Verfassungen verankert, regelmäßige freie Wahlen fast überall eine Selbstverständlichkeit. Kritisch sieht Llanos die oft starke Stellung der Exekutive. Die oder der Präsident/in hat weitgehende Rechte und wird in der Regel direkt vom Volk gewählt. Dadurch konzentriere sich die Macht bei den Präsident/innen und in den Verwaltungen – wer die Wahl gewinnt, erlangt mit dem Präsidentenamt oft auch einen sehr weitgehenden Zugriff auf staatliche Ressourcen, der kaum kontrollierbar sei und Korruption begünstige.

Als Korrektiv bieten zum Beispiel die Verfassungen von Bolivien, Ecuador und Peru weitgehende Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung, wenn es um Großprojekte geht. Gemeinden haben ein „Recht auf informierte Zustimmung“, wenn Industrie- oder Infrastrukturprojekte auf ihrem Territorium geplant sind. Doch Verfassung und Verfassungswirklichkeit klaffen weit auseinander. Das heißt, die Regierung muss frühzeitig über Großprojekte informieren, die Auswirkungen auf die Gemeinde haben. Dann können die Menschen Einwände und Änderungswünsche formulieren, die bei der Planung berücksichtigt werden müssen. In der Praxis spielen diese Rechte kaum eine Rolle, beklagt Schilling-Vacaflor. Dagegen regt sich Widerstand, in Peru oft gewalttätig, in Bolivien eher in Form von Großdemonstrationen. Der Aufbruch der vergangenen Jahre

Podium zu Tunesien: Prof. Dr. Werner Ruf, Hans-Reimar von Mutius, Omezzine Khelifa und Alexander Trennheuser. Foto: Edda Dietrich

habe den Bürger/innen Selbstbewusstsein gegeben. „Durch die Verfassungen werden den Leuten ihre Rechte bewusst. Sie wehren sich mehr als früher“, beobachtet sie.

Rückschritte in Osteuropa

Zoltán Tibor Pállinger von der Andrassy Universität Budapest zeichnete ein düsteres Bild von der Demokratie-Entwicklung in Osteuropa. Von der Euphorie der 1990er Jahre sei nicht mehr viel übrig, die Strahlkraft der westlichen Demokratien sei weitgehend verblasst. Stattdessen beobachtet er, wie Autoritarismus wieder salonfähig wird. Der Demokratie-Index der US-amerikanischen Forschungsgruppe Freedom House zeigt, dass sich die Lage in Osteuropa im Durchschnitt leicht verschlechtert hat, obwohl mehrere Länder der Region inzwischen Mitglied der EU geworden ist. Offenbar schützt dies nicht vor Rückschritten in der Demokratieentwicklung. Tatsächlich habe die EU keine direkten Sanktionsmöglichkeiten gegen undemokratische Umtriebe ihrer Mitglieder. Ungarn verzeichnet die rapideste Verschlechterung. Das liegt zum einen an dem katastrophalen Wahlrecht, das die Regierung des rechtspopulistischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit ihrer Zweidrittelmehrheit durchgedrückt hat (siehe dazu **md**magazin Nr. 100, Seite 22). Zum anderen baue die Regierungspartei Fidesz systematisch die staatlichen Institutionen um und sichert damit ihrer Politik den Fortbestand über die Wahlen hinaus. „Er hat sein System einbetoniert“, sagt Pállinger über Orbán. Der nennt sein Konzept „illiberale Demokratie“ – es finden zwar Wahlen statt, aber die Menschenrechte werden ebenso wenig geachtet wie die Gewaltenteilung und der Rechtsstaat. „Orbán löst Probleme, die die Menschen bewegen, geschickt am Rechtsstaat vorbei und bedient damit eine immer noch weit verbreitete Untertanenmentalität in Ungarn“, beschreibt Pállinger. Eine Elitenkontrolle durch direkte Demokratie sei kaum möglich, da die Hürden für Volksentscheide sehr hoch sind.

Zum Abschluss: Visionen einer demokratisierten EU

Christian Felber, Mitbegründer der Gemeinwohlökonomie, stellte im letzten Themenblock „Europäische Union“ sein Konzept der „souveränen Demokratie“ vor. „Das höchste Recht ist es, die Verfassung zu schreiben. Dieses Recht sollte beim Volk liegen“, heißt sein Ausgangspunkt. Die Gesetzgebung dagegen will er dem Parlament überlassen, dabei aber dem Volk das Recht einräumen, Gesetze durch ein fakultatives Referendum wieder aufzuheben, wie es in Italien möglich sei. Auch könne die Regierung bei großen Fragen, etwa Krieg, abgewählt werden. Im Anschluss diskutierte Felber gemeinsam mit Karl-Martin Hentschel, Mitglied im Bundesvorstand von Mehr Demokratie, und dem ehemaligen EU-Parlamentarier und Mitgründer von Mehr Demokratie, Gerald Häfner, wie eine europäische „Demokratie der Zukunft“ aussehen könnte. Hentschel plädierte für eine stärkere Dezentralisierung Europas. Um die Vertrauenskrise der Europäischen Union zu überwinden, sei es nötig, dass Verantwortung wieder nach unten verlagert werde. Auch Häfner wünschte sich ein neues europäisches Politikmodell. Er nannte vier Leitlinien einer EU-Reform: sowenig Europa wie möglich, volle Gesetzgebungskompetenz für das EU-Parlament, eine zweite Kammer, die die Subsidiarität überwacht und schließlich faire und verbindliche direktdemokratische Verfahren auf EU-Ebene. Diese Prinzipien solle ein demokratisch gewählter Konvent in eine Verfassung gießen, über die dann die Bürger/innen aller Mitgliedsstaaten abstimmen könnten.

Diese Diskussion wurde nach der Tagung unter anderem im Arbeitskreis Europa von Mehr Demokratie und auf der Bundesmitgliederversammlung weitergeführt. Im Frühjahr soll dazu ein Papier verabschiedet werden. /

Neelke Wagner
Politikwissenschaftlerin, Redakteurin des **md**magazins.